

## **Neue Bundesregierung: Schwarz-Rot lähmt die Dynamik im Land und schafft den gläsernen Bürger**

Seit Herbst 2013 gehört die FDP nicht mehr dem Deutschen Bundestag an. Damit gehen der Blick für liberale Gesellschaftspolitik, Generationengerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und notwendige Investitionen in Infrastruktur, sowie der beste Anwalt der Bürgerrechte verloren. Eine Opposition findet nur noch links der bereits deutlich nach Links gerückten Regierung statt.

Besondere Belastungen kommen auf Baden-Württemberg zu. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD setzt unsere vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen gravierenden Standortnachteilen aus. Dies gilt vor allem für unsere Exportwirtschaft die im europäischen und globalen Wettbewerb steht.

In allen zentralen Bereichen sind Fehlentscheidungen der künftigen Bundesregierung absehbar:

### **Schwarz-Rot verliert Generationengerechtigkeit aus dem Blick**

Generationengerechtigkeit bedeutet auch, den kommenden Generationen eigene politische Gestaltungsmöglichkeiten zu lassen. Dies gilt im besonderen Maße für finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen, wie aber auch in den Sozialkassen. Die FDP/DVP Baden-Württemberg tritt entschieden dafür ein, dass sich alle politischen Entscheidungen der Gegenwart auch an ihren Auswirkungen für künftige Generationen messen lassen müssen.

Vor diesem Hintergrund ist die FDP/DVP Baden-Württemberg angesichts der Rentenpläne von CDU/CSU und SPD, wie sie im Koalitionsvertrag beschrieben sind, in großer Sorge. Den beabsichtigten strukturellen Mehrausgaben in der Rentenpolitik steht keine vernünftige, nachhaltige und generationengerechte Finanzierung gegenüber. Unsere Kritik im Einzelnen:

Dass Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, im Rentenrecht schlechter gestellt sind als Eltern, deren Kinder nach 1992 geboren sind, ist ungerecht. Einer Besserstellung und Angleichung verschließt sich die FDP ausdrücklich nicht, wenn diese auf einer nachhaltigen und sachgemäßen Finanzierung beruht. Eine Finanzierung durch die Beitragszahler in der Rentenversicherung lehnen wir ab. Die Erziehung von Kindern ist nicht nur Grundvoraussetzung für den Generationenvertrag der Rentenversicherung, sondern gesamtgesellschaftliches Interesse und muss daher nach Ansicht der FDP/DVP Baden-Württemberg gesamtgesellschaftlich, d.h. steuerfinanziert werden, dies allerdings nachhaltig. Ein höherer Steuerzuschuss an die Rentenversicherung bedarf zwingend strukturell nachhaltiger Einsparungen im Bundeshaushalt an anderer Stelle.

Der Wunsch, auch schon mit 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in den Ruhestand gehen zu dürfen, ist verständlich, setzt aber in Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels das falsche Signal und führt zu nicht zu verantwortenden Belastungen der Rentenversicherung. Stattdessen sollten das Renteneintrittsalter und die Zuverdienstmöglichkeiten flexibler gestaltet werden und den beruflichen Fortbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten politisch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Altersarmut ist ein Problem, von dem gegenwärtig glücklicherweise nur wenige Menschen betroffen sind, das sich aber künftig ausweiten wird. Die von CDU/CSU und SPD beabsichtigte Mindestrente ist hierauf aber keine überzeugende Antwort. Sie bricht mit dem fundamentalen Prinzip der Rentenversicherung, dass Einzahlung im Verhältnis zur Auszahlung steht, und schafft durch die in ihr angelegte „Fallbeilsystematik“ (wer die nötigen 35, später 40 Mindestbeitragsjahre auch nur um einen Tag verfehlt, geht gänzlich leer aus) neue Ungerechtigkeiten. Die beabsichtigte Finanzierung über das Abschmelzen des Wanderungsausgleiches und über prognostizierte Minderausgaben in der Grundsicherung im Alter erscheint nicht seriös und bedeutet letztlich doch eine Mehrbelastung der Rentenversicherung. Stattdessen wäre die Einführung einer Freibetragsregelung für eigene private und gesetzliche Rentenansprüche in der Grundsicherung im Alter sinnvoller und gerechter und würde die Rentenversicherung nicht belasten.

Ausdrücklich begrüßt die FDP/DVP Baden-Württemberg hingegen die überfälligen Verbesserungen im Bereich der Erwerbsminderungsrente entlang den Bedingungen der Einführung der Rente mit 67 und eine bedarfsgerechte Anpassung des Reha-Budgets mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Beides war in der vergangenen Legislaturperiode von der FDP auf den Weg gebracht worden und von der CDU blockiert worden.

Die Vorhaben der neuen Bundesregierung bedeuten kurzfristig die Absage an die Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages, dadurch zeitversetzt geringere Rentensteigerungen und nach Einschätzungen der Rentenversicherung und selbst der Rentenexperten der Union selbst mittelfristig steigende Rentenversicherungsbeiträge. Auch Steuererhöhungen und eine Abkehr vom Konsolidierungskurs der Haushalte sind geradezu zwingend zu befürchten. Eine solche allein an kurzfristigen Zielen ausgerichtete Sozial- und Rentenpolitik findet nicht die Unterstützung der FDP/DVP Baden-Württemberg.

Im Land wird ebenfalls auf unverantwortliche Weise dem Schulden machen gefrönt und auf spätere Steuererhöhungen durch den Bund gesetzt. Diese sollen nach dem Ansinnen der grün-roten Landesregierung in Verhandlungen über neue Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ab 2015 auch Baden-Württemberg zugutekommen. Eine Finanzplanung, die auf ein Was-wäre-wenn setzt, ist unverantwortlich und darf den Menschen nicht zugemutet werden. Mehr Nutzen hätten Bürger und Unternehmen allerdings von einer Politik, die auf neue Schulden und Steuererhöhungen verzichtet. Statt verordnete Geschenke der Regierung, für die man zuvor selbst den Geldbeutel öffnen muss, könnte jeder frei entscheiden, wofür das eigene Geld ausgegeben wird.

Eine richtige Erkenntnis steht in der Präambel des Koalitionsvertrags: Mit der FDP in Verantwortung konnte die letzte Regierung die Neuverschuldung fast auf null reduzieren. Die richtigen Schlüsse aus dieser Feststellung – die solide Finanzpolitik fortzuführen – werden aber weder im Land noch im Bund gezogen.

Von der Bildungsrepublik Deutschland ist nicht mehr die Rede. Die notwendigen Bildungs- und Forschungsinvestitionen werden gegenüber der schwarz-gelben Regierung um über sieben Milliarden reduziert. Die Begabungsförderung wird eingefroren. Auf Grundlage des von uns Liberalen durchgesetzten Wissenschaftsfreiheitsgesetzes wäre jetzt eigentlich eine dynamische Fortentwicklung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland angesagt. Schlaue Köpfe und gut ausgebildete Menschen sind der wichtigste Rohstoff, über den Deutschland verfügt – diese darf die Große Koalition nicht willkürlich aufs Spiel setzen.

## **Wirtschaftliche Vernunft: Geld muss verdient werden bevor man es ausgibt**

An vielen Stellen erweckt der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung den Eindruck, als wolle sie die Wirtschaft in Deutschland einem Stresstest aussetzen. Viele gut gemeinte, leider häufig nur politisch-weltanschaulich begründete und begründbare Absichten des Koalitionsvertrages lassen befürchten, dass sie sich spätestens in der Summe erheblich negativ auf die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft auswirken. Vor allem scheint sich die schwarz-rote Bundesregierung durch die konjunkturell bedingt positive Einnahmesituation im Haushalt und bei den Sozialkassen blenden zu lassen. Die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ist schneller verspielt als wieder gewonnen. Der internationale Wettbewerb wird von Tag zu Tag schärfer, und auch Europa braucht eine Bundesregierung, die in ihrer wettbewerbsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik beispielgebend ist.

Die Politik der schwarz-roten Bundesregierung lässt erkennen, dass die Rücklagen in den Sozialversicherungen aufgebraucht werden sollen und die Sozialversicherungsbeiträge, die Steuern und die Verschuldung erhöht werden werden. Der Verzicht auf die gesetzlich vereinbarte Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge zeigt deutlich, dass die finanzielle Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft keine Priorität der jetzigen Bundesregierung ist.

Eindeutig fehlt die nicht nur vernehmbare, sondern auch durchsetzungsfähige ordnungspolitisch geeichte und an einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung orientierte Stimme in der Politik.

Zentrale Punkte unserer Kritik:

Die FDP/DVP Baden-Württemberg erwartet Fairness und Leistungsgerechtigkeit auch bei der Lohnfindung. Zugleich aber darf die Leistungsfähigkeit von Betrieben, Branchen und Regionen nicht außer Acht gelassen werden, damit Arbeitsplätze nicht verloren gehen und neue entstehen können. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Branchen und Regionen in Deutschland ist die durch die Bundesregierung geplante Einführung eines allgemeinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns aber nicht erstrebenswert. Es steht begründet zu befürchten, dass Arbeitsplätze und Einstiegschancen in den Arbeitsmarkt gerade für geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Chancen für wirtschaftliche Entwicklung in manchen Regionen verloren gehen.

Die von der Politik unabhängige Lohnfindung durch Tarifvertragsparteien hat sich in Deutschland im Allgemeinen bewährt. Wo diese nicht (mehr) gelingt, sind mit dem Arbeitnehmerentendengesetz, dem Mindestarbeitsbedingengesetz und dem Tarifvertragsgesetz Instrumente geschaffen worden, um Lohnuntergrenzen zu definieren und Tarifvereinbarungen zu treffen. In den Fällen, in denen diese bestehenden Gesetze auch nicht mehr greifen, ist ihre Fortentwicklung angezeigt, um zu fairen und leistungsgerechten, aber auch praktikablen, d.h. regional und nach Branchen differenzierten Lohnuntergrenzen zu kommen. Ein allgemeiner flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn ist hingegen geeignet, soziale Probleme zu verschärfen, statt sie zu lösen.

Darüber hinaus sollte sich die politische Aufmerksamkeit stärker auf die Verbesserung der Qualifikationschancen von Arbeitsuchenden und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, gerade im Bereich der unteren Lohngruppen, richten. Die durch die christlich-liberale Koalition in der vergangenen Legislaturperiode beschlossene Verdreifachung der Bildungsprämie für Geringverdiener, mit der berufliche Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden können, war ein wichtiger Schritt, auf dem in Zukunft aufgebaut werden sollte. Die Motivation zur Arbeitsaufnahme und Ausweitung des Arbeitsumfanges wäre bei großzügigeren

Zuverdienstgrenzen im Hartz-IV-System größer. Durch eine Weiterentwicklung der Hartz-IV-Systems zum Bürgergeldmodell der FDP ließen sich ein erheblicher Teil an Bürokratie und langfristig auch Kosten sparen und unterstützungsbedürftige Menschen aus der Bittstellerposition gegenüber Ämtern weitestgehend befreien.

Faire und am Prinzip der Leistungsgerechtigkeit orientierte Löhne und Arbeitsbedingungen sind auch im Interesse der FDP/DVP Baden-Württemberg im Bereich der Zeitarbeit. Hier hat sich gerade in Zeiten der christlich-liberalen Koalition gezeigt, dass ein moderierendes und beratendes Einwirken der Politik auf die Tarifvertragsparteien in der Zeitarbeit zu überzeugenden Lösungen führt, die Missstände abstellen und trotzdem die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten und zugleich zu mehr Fairness gegenüber Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern geführt haben. Die im schwarz-roten Koalitionsvertrag beschriebene Absicht, die Entgeltgleichheit der Zeitarbeitnehmerinnen und -nehmer mit der Stammbeschäftigung (Equal-Pay) nach 9 Monaten gesetzlich festzuschreiben, ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Hier haben die Tarifvertragsparteien in der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass sie zu eigenen – zum Teil im Interesse der Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeiter wesentlich besseren – Lösungen kommen können (Stahlbranche: Equal-Pay ab dem ersten Tag durch Vereinbarung der Tarifvertragsparteien) . Dieser Weg des Dialogs von Öffentlichkeit, Politik und Tarifvertragsparteien über Bedingungen der Zeitarbeit führt insgesamt zu vernünftigeren und nachhaltigeren Lösungen als eine einzelne unflexible gesetzliche Maßnahme. Auch die geplante gesetzliche Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten kann je nach Ausgestaltung in bestimmten Zeitarbeitsverhältnissen zu Problemen führen (Beispiel: Ingenieursteam, das an längerfristigen Projekten arbeitet). Hier ist in gewissem Rahmen die beabsichtigte Flexibilität auf alle Fälle zu wahren.

Die FDP/DVP bekennt sich ausdrücklich zur Zeitarbeit als einem für viele Betriebe notwendigen Flexibilisierungsinstrument zur Abfederung von Auftragsschwankungen, zugleich aber auch als einem erfolgreichen Einstiegsinstrument in Beschäftigung gerade für Langzeitarbeitslose. In diesem Sinne fordert die FDP/DVP Baden-Württemberg die Tarifvertragsparteien auf, dass Fragen der Weiterqualifizierung der Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeiter in den Tarifverhandlungen größere Bedeutung gewinnen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Tarifautonomie zu wahren und keine gesetzlichen Regelungen zu erlassen, die bestehende Tarifverträge aushebeln.

Auch die Rahmenbedingungen für den Mittelstand und Mittelschicht werden enger. Im Koalitionsvertrag selbst stellt die GroKo fest: „die EEG-Umlage hat mittlerweile eine Höhe erreicht, die für private Haushalte und weite Teile der Wirtschaft, insbesondere auch mittelständische Unternehmen, zum Problem wird, wenn es nicht gelingt, die Kostendynamik zu entschärfen.“ Statt einer grundlegenden Reform will die Regierung aber lediglich „das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Kostenanstiegs bremsen. Möglichkeiten zur Kostensenkung bspw. im Bereich der Stromsteuer werden nicht mehr in Erwägung gezogen. Damit verschlechtern sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Lösungen für die zunehmende Energiearmut in privaten Haushalten werden zum Problem der Sozialarbeiter, nicht der Regierung. Die Mittelschicht wird mit den Kostensteigerungen im Stich gelassen.

Betroffen von der Mutlosigkeit der Regierung bei dem Versuch, die Kosten der Energiewende in den Griff zu bekommen ist Baden-Württemberg. Mit einem hohen Anteil an Exportwirtschaft werden für diese Industrie- und Gewerbebetriebe die Rahmenbedingungen zunehmend schlechter. Neuinvestitionen liegen heute schon unter den Abschreibungen, die Lichter gehen nicht aus, es wird langsam dunkler. Besonders Betroffen sind Arbeitnehmer im gewerblichen Bereich. Hier werden seit Jahren Arbeitsplätze in andere Regionen Europas und der Welt verlagert. Diese Arbeitsplätze können in Deutschland kaum ersetzt werden, die Menschen

finden zunehmend schwieriger Arbeit – damit geht die soziale Schere auf: Diese Kältherzigkeit muss sich die GroKo anrechnen lassen als ein Preis für ihre Energiepolitik. Wir verkennen jedoch nicht, dass bei den Energiepreisen externe Kosten adäquat angelastet werden müssen. Da wo Energie verschleudert wird, kann ein realistischer Energiepreis auch Anreiz für Neu- und Fortentwicklungen sein.

## **Bürgerrechte werden massiv beschnitten**

In ihrer Regierungsverantwortung hat sich die FDP erfolgreich für ein ausgewogenes Verhältnis von Freiheit und Sicherheit stark gemacht. Die Gefahr von Terror und Kriminalität darf nicht dazu führen, massiv die Bürgerrechte zu beschneiden. Kaum ist Schwarz-Rot im Amt, fallen die Tabus: Mit der verfassungsrechtlich fragwürdigen Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung werden wir alle unter Generalverdacht gestellt. Denn ohne dass wir einen Anlass bieten, sollen unsere Kommunikationsdaten monatelang gespeichert werden. So kann nicht nur nachvollzogen werden, mit wem wir telefonierten oder über das Internet kommunizierten, sondern auch, an welchem Ort wir uns jeweils aufhielten. In Zeiten des Ausspähskandals werden hier genau die falschen Signale gesetzt.

Auch die Unternehmen sind im Visier der Koalition: Wenige Fälle krimineller Machenschaften werden als Anlass für eine unverhältnismäßige Verschärfung der Sanktionierungsmöglichkeiten auch für lediglich fahrlässiges Fehlverhalten genommen. Angesichts der vielfältigeren bürokratischen Vorschriften für Unternehmen wird mit solchen Maßnahmen unser Wirtschaftsstandort geschwächt.

Außerdem ist geplant, dass auch noch ein Fahrverbot als Sanktion für Verfehlungen ausgesprochen werden kann, die nichts mit Straßenverkehrsdelikten zu tun haben.

Deshalb fordert die FDP Baden-Württemberg:

- die durch die beitragsfinanzierte Ausweitung der Mütterrente und die Einführung einer Lebensleistungsrente etc. vorgesehenen neuen Belastungen der Sozialversicherungssysteme, die mittelfristig zu einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge führen dürften und dem Gedanken der Generationengerechtigkeit widersprechen,
- die Pläne zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes und zum „equal-pay-Prinzip“ vom ersten Tag an, die Teile unserer Wirtschaft existenziell belasten und somit Millionen Arbeitsplätze gefährden,

dürfen genauso wenig umgesetzt werden, wie die Pläne

- zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung,
- zur Einführung einer Mietpreisbremse, eines Unternehmensstrafrechts und dem Fahrverbot als Strafe für Verfehlungen außerhalb des Straßenverkehrsrechts.

Vielmehr fordert die FDP Baden-Württemberg die schwarz-rote Koalition im Bund dazu auf

- die solide Haushaltspolitik unter liberaler Regierungsbeteiligung mit dem Nahziel eines ausgeglichenen Haushaltes und dem Schuldenabbau fortzusetzen,
- die Folgen der demographischen Entwicklung in Deutschland ernst zu nehmen und unter anderem durch eine stärkere Kapitaldeckung in der Sozialversicherung für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen
- die von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiteten Überschüsse bspw. in der Rentenkasse entsprechend der rechtlichen Verpflichtung zu realisieren, indem die Beiträge gesenkt werden,

- die Bürgerrechte z. B. durch eine wirksame Kontrolle der Nachrichtendienste und den Abschluss internationaler Vereinbarungen zum Datenschutz zu stärken,
- dem Ausbau der Infrastruktur als wichtigen Standortfaktor Deutschlands Beachtung zu schenken,
- die Energiewende durch eine Senkung der Stromsteuer und die Einführung eines Mengenmodells erneuerbarer Energien für die Bürgerinnen und Bürger finanzierbar machen und die Ausnahmetatbestände im EEG möglichst weit zurückfahren ohne dabei den Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland zu gefährden. Die Erforschung neuer Formen der Energiegewinnung wie etwa die Kernfusion darf nicht aus politischen Gründen verhindert werden.
- den Ländern und Kommunen einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer zukommen zu lassen, damit Bildungsinvestitionen in Inklusion und Ganztageschulen gestärkt werden können.
- die aktuelle unwürdige Debatte zur Zuwanderung umgehend zu beenden und stattdessen Rahmenbedingungen auf deutscher und europäischer Ebene zu schaffen, die den Problemen der zu uns kommenden Menschen sowie der sie aufnehmenden Kommunen gemäß den Forderungen des Dt. Städtetages Rechnung trägt

Die FDP Baden-Württemberg fordert von der grün-roten Landesregierung

- eine eigenständige solide Haushaltspolitik mit dem Ziel eines zeitnah ausgeglichenen Haushalts zu betreiben, statt auf Steuererhöhungen des Bundes zu spekulieren,
- den Netzausbau voranzutreiben, so dass sich unsere Bürger und Unternehmen auf die sichere Versorgung mit bezahlbarer Energie verlassen können und sich bei der Energiewende nicht allein auf die Wind- und Solarkraft zu fokussieren,
- die Infrastruktur unseres Landes zu verbessern.
- die Forderungen aus dem Positionspapier des Dt. Städtetages vom 22.1.2013 zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien endlich umzusetzen und die baden-württembergischen Kommunen bei ihren vielfältigen Integrationsleistungen finanziell sowie strukturell zu unterstützen
- endlich eine Bildungspolitik betreiben, die diesen Namen verdient.

Im Bundesrat soll sie sich deutlich gegen die

- Einführung der Vorratsdatenspeicherung und
- des Unternehmensstrafrechts,

aussprechen.